

Vermittlung in politischen Konflikten – Anforderungsprofil für Dialoge am „Runden Tisch“ am 17. und 18. April 2012 im Stuttgarter Rathaus

Die Zeiten des „Durchregierens“ und der „Basta-Politik“ sind vorüber, so lautet der neue politische Konsens. Künftig sollen Großprojekte mit mehr BürgerInnen-Beteiligung geplant und Konflikte mit Protestbewegungen am Runden Tisch besprochen und einvernehmlich geregelt werden.

Dazu bedarf es neuer, durchdachter mediativer Verfahren, die von allen Konfliktbeteiligten akzeptiert werden. Deshalb geht es aktuell darum, alle gesellschaftlichen Gruppen für Mediation zu interessieren und auf ihre Vorbehalte und Erwartungen einzugehen. Gehört werden müssen neben Politik, Verwaltung und Wirtschaft auch die Zivilgesellschaft - insbesondere die sozialen Bewegungen und Umweltverbände, deren Widerstand in der Regel die Vermittlungsbemühungen auslöst.

Nach verschiedenen, letztlich gescheiterten Versuchen, eskalierte Konflikte – wie die neue Startbahn des Flughafen Frankfurt, Stuttgart 21 oder das Pumpspeicherkraftwerk Atdorf - durch Mediation, Schlichtung oder Runden Tisch nachhaltig zu befrieden, stellt sich für MediatorInnen die Frage, was verändert werden muss.

Aus dieser Analyse wurde die Idee einer Fachtagung geboren. Sie stellte den Versuch dar, mit den Akteuren aus den sozialen Bewegungen und politischen Verbänden und zahlreichen MediatorInnen ein Anforderungsprofil für Vermittlungsverfahren zu erarbeiten, das von ihnen aktiv mitgetragen werden kann und einen erfolgreicherer Ausgang verspricht.

Durchgeführt wurde die Tagung „Vermittlung in politischen Konflikten“ von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden und dem Friedensbildungswerk Köln in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg.

Über 40 MediatorInnen und Menschen aus den sozialen Bewegungen beschäftigten sich zwei Tage lang im April 2012 am „historischen Ort der Bahnhofs-Schlichtung“, im Stuttgarter Rathaus, mit den Rahmenbedingungen für politische Mediation.

Die Chance, politische Konflikte mittels Mediation zu bearbeiten und damit auch eskalierte gesellschaftliche Konflikte zu einer allseits zufriedenstellenden Lösung zuzuführen, wurde von allen Beteiligten gesehen und gewürdigt. Um eine erfolgreiche Vermittlung zu ermöglichen und die besonders kritischen Akteure aus sozialen Bewegungen einzubeziehen, sind viele Punkte angesprochen worden. Diese gilt es für die Zukunft noch mit Inhalten zu füllen.

Für das Spektrum der Mediation haben wir den Arbeitsprozess und den Stand der Diskussion seit der Fachtagung zusammengefasst.

Nulloption und Leitplanken

Eine wesentliche Frage bei Mediation ist die der Offenheit des Ergebnisses. Alles sollte verhandelbar sein. Doch was bedeutet das bei umstrittenen Planungsvorhaben? Dieser Planung liegt eine zielgerichtete Absicht eines oder mehrerer Akteure zugrunde. Dem stehen die Menschen oder sozialen Bewegungen gegenüber, die diese Veränderung oder die Planung nicht wünschen - und verhindern wollen.

Wenn es zu einer Vermittlung am Runden Tisch kommt, stellt sich die Frage, ob es ein Zurück auf die Nulloption geben kann. Bei der gesetzten Ergebnisoffenheit einer Mediation muss dies eine Option sein – bei einer politischen Mediation auch?

Es wäre wünschenswert, wenn in Zukunft vor Beginn von Planungen alle von einem „weißen Blatt“ ausgehen, d.h. noch keine Lösungsalternativen vorgegeben sind. So wäre die Frage für Stuttgart nicht die des Bahnhofs gewesen, sondern die des „optimalen Nah- und Fernverkehrs in Stuttgart und der Region“. Eben dies entspricht momentan aber nicht der „Planungskultur“. Hier sind schon vorab Vorgaben und Festlegungen getroffen worden, eine Ergebnisoffenheit gibt es schlicht nicht.

Auch bei der Ausgangsposition „Es gibt keine Nulloption“ kann es jedoch im Prozess einer Mediation zu einer Veränderung der ursprünglichen Position kommen: Die Nulloption könnte schließlich doch zu einer neuen Option werden, da weitergehende Erkenntnisse und höhere Ziele das neue Bewusstsein bestimmen. Höhere Ziele für ein Gemeinwesen können u.a. der gesellschaftliche Friede, das Entstehen eines neuen Gemeinsinns oder die Zufriedenheit mit politischen Prozessen oder politischen Akteuren sein. Die Möglichkeit, dass sich eine solche Öffnung der Position (erst) im Rahmen einer Mediation entwickelt und entfaltet, sollte den Akteuren vor Eintritt in den Prozess deutlich gemacht werden. Das Bestehen auf einer Nulloption als Voraussetzung für die Beteiligung kann dazu führen, dass das Vermittlungsverfahren überhaupt nicht stattfindet. Und damit kann eine Chance der friedlichen Konfliktbearbeitung vertan sein.

Auch von Seiten der sozialen Bewegungen gibt es klare nicht verhandelbare Themen (z.B. der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie oder das Einstellen der Erkundungsarbeiten in Gorleben bei der „Konsens“-Suche nach einem Standort für den Atommüll), die einen Runden Tisch schwer vorstellbar machen.

Das Aushandeln von sogenannten „Leitplanken“ bzw. der Tolerierung solcher Leitplanken als Einstiegs-Voraussetzung kann ein wichtiger Schritt bei der Anbahnung eines Mediationsverfahrens im politischen Raum sein.

Merkmale politisch nicht lösbarer gesellschaftlicher Kontroversen

Es gibt gesellschaftliche Konflikte, die politisch nicht zufriedenstellend gelöst oder bearbeitet werden. Das heißt, Politik und andere gesellschaftliche Akteure finden aus eigenem Vermögen und im Rahmen der etablierten Mechanismen und Verfahren nicht zu befriedigenden Lösungen. An welchen Merkmalen können wir solche Konflikte erkennen? Diese Frage ist noch weiter zu bearbeiten. Zwei Merkmale haben wir in den Arbeitsgruppen identifiziert:

Manchmal haben **Verletzungen von Fairness-Spielregeln** in den sogenannten etablierten Verfahren im Rahmen unserer repräsentativen Demokratie zu einer Verhärtung geführt, die dann hinderlich für eine Mediation sind. So wirkt sich die Machtasymmetrie zu den sozialen Bewegungen im Verlauf der Auseinandersetzung häufig negativ auf konstruktive Vermittlungsbemühungen aus.

Ebenso ist die **Exklusion und Ausgrenzung** bestimmter gesellschaftlicher Gruppen oder Bewegungen von der Entscheidungsfindung gesellschaftlicher oder politischer Fragestellungen hinderlich für eine Mitwirkung der sozialen Bewegung oder für eine konsensuale Lösung. So werden sogenannte Autonome/Extremisten/Radikale/Ultras bisher von etablierten Akteuren des politischen Handelns bewusst nicht in politische Vermittlungen einbezogen. In Stuttgart waren die gesellschaftlichen Akteure des Widerstands wie BUND, VCD, GRÜNE am Verhandlungstisch, während die ParkschützerInnen draußen im Park blieben.

Die Haltung der Solidarität

Haltung ist für MediatorInnen eine wichtige Eigenschaft. In der Vermittlung von politischen Konflikten ergibt sich für die MediatorInnen ein besonderer Aspekt in seiner/ihrer Haltung. Um Akteure aus der sozialen Bewegung für eine Mediation zu gewinnen, ist es unabdingbar, jederzeit die Haltung „Achtung und Respekt für die Solidarität der Bewegung“ einzunehmen. Der Erhalt der Solidarität in der sozialen Bewegung ist ein Wert an sich und wird bei jedem Handlungsschritt gewürdigt. Und kann bei jedem Handlungsschritt verletzt werden. Dazu kann auch schon das Angebot einer Vermittlung bzw. einer Mediation gezählt werden, weil darin schon der Kern einer Spaltung liegen kann - in diejenigen, die reden wollen, und jene, die keinen Dialog mit der anderen Seite suchen. Wie damit umgegangen werden sollte, muss noch diskutiert werden. So kann vertreten werden, dass MediatorInnen dies akzeptieren sollten, damit in der sozialen Bewegung keine neuen Konflikte entstehen. Oder, dass die Bewegung selbst entscheiden muss, ob sie sich auf einen Mediationsprozess einlässt oder nicht, wenn nicht alle beteiligten Protestgruppen dafür zu gewinnen sind.

Auf jeden Fall sollten MediatorInnen wissen, welche große Bedeutung die Solidarität für eine soziale Bewegung hat. Denn sie ist kein monolithischer Block, sondern ein Zusammenhang, der aus einem gemeinsamen Ziel entstanden ist und seine Stärke in der Solidarität hat.

15 Schritte, die in einen politischen Prozess zur Teilnahme an einer Mediation führen können

Eine Arbeitsgruppe hat sich intensiv mit der Anbahnung einer Vermittlung im Kontext eines politischen Konfliktes beschäftigt und 15 konkrete Schritte aufgestellt, die zu einer Mediation führen können. Die Schritte zur Anbahnung sind als offener Prozess zu verstehen.

1. Schritt:

Entdecken des Bedarfs an Vermittlung in einem Konflikt. Es braucht Menschen, die sich berufen fühlen zu handeln (**InitiatorInnen**).

2. Schritt:

Überlegen, ob es sinnvoller ist, den Prozess selbst anzugehen oder unbeteiligte Person/en einzubeziehen.

3. Schritt:

Die - von uns so benannte - „**Spurgruppe**“ baut nun den Kontakt zu den Beteiligten auf.

4. Schritt:

Information über Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung und deren Verfahren an die soziale Bewegung

5. Schritt:

Interne Klärungsprozesse der Beteiligten zu den Fragen der Teilnahme, der Form der Konfliktbearbeitung und der Rahmenbedingungen der Mitwirkung (vertrauensbildende Maßnahmen, Ressourcen)

6. Schritt:

Die **Spurgruppe wird erweitert** mit Menschen aus den sozialen Bewegungen und beginnt nun die Aushandlung aller einzubeziehenden Gesprächsbeteiligten, mit welchem Verfahren der Konflikt bearbeitet werden soll und mit welchen Themen. Welche Akteure gehören noch ins Boot und müssen gewonnen werden und wie geschieht die Auswahl der ModeratorInnen/MediatorInnen, die durch den Prozess bzw. die Mediation führen? Welche Forderungen als Voraussetzung für eine Teilnahme werden von den Gruppen/Akteuren gestellt und wie wird damit umgegangen?

7. Schritt:

Hier kann es schon mittels einzelner Mediationen durch „**VormediatorInnen**“ zu einer Entscheidungsfindung kommen.

8. Schritt:

Die Ergebnisse werden dann in die soziale Bewegung zurückgekoppelt.

9. Schritt:

Es fällt die **Entscheidung über Start oder Abbruch**

10. Schritt:

Ist die Entscheidung zu Mediation gefallen, beginnt das gemeinsame Auswahlverfahren für den „Konfliktbearbeiter“, wobei die Vormediatorin/ der Vormediator aus dem Spurteam das Verfahren moderiert.

11. Schritt:

Die **Einigung auf einen Mediator/Mediatorin** ist vorhanden.

12. Schritt:

Es beginnt nun die **Prä-Mediationsphase**, das konsensuale Besprechen der Rahmenbedingungen, der Tagesordnung, der Verfahrensabläufe für die Mediation anhand der weiter unten skizzierten Checkliste.

13. Schritt:

Rückkopplung der Ergebnisse in die soziale Bewegung

14. Schritt:

Entscheidung, ob die Mediation stattfindet oder ob es einen Abbruch gibt.

15. Schritt:

Bei positiver Entscheidung findet die (eigentliche) **Mediation** statt.

Diese Liste zeigt auf, wie wichtig die Vorbereitung und Anbahnung einer Mediation ist, die weit vor der Prämediation beginnt und mit vielen mediativen Elementen oder Mediationen versehen ist. Ähnliches Arbeiten findet sich auch bei Mediationen in der zivilen Konfliktbearbeitung und bei der Konflikttransformation.

Neben diesen Blick auf die Vorbereitung der Vorphase in der Politischen Mediation als konkretes Ergebnis der Fachtagung ist auch eine **Checkliste für Knackpunkte** erstellt worden:

- Die Ziele des Verfahrens müssen geklärt sein: eine gemeinsame Wunschvorstellung definieren, eine Vorstellung „hin zu Visionen“. Am Beispiel Stuttgart 21 wäre es nicht die Frage um die Tieflage eines Bahnhofs, sondern die Vision eines besseren Nah- und Fernverkehrs.
- Rollen und Delegationen: Welche Befugnis haben Beteiligte/Delegierte zu Entscheidungen? Wie läuft der Rückbindungsprozess zu den Gruppen? Entscheidungsfindungs-Möglichkeiten vereinbaren: Konsens? Mehrheitsvotum? Vetorechte?
- Umgang mit den Ergebnissen vorab vereinbaren: Welche Form haben sie? Sind es Empfehlungen oder sind sie verbindlich? Wie können ausgehandelte Ergebnisse des Runden Tisches in die parlamentarische Behandlung übertragen werden? Wie wird die Umsetzung kontrolliert?
- Ein- und Austrittsprozesse vorab regeln: Akteure stoßen später dazu, andere steigen aus?
- Alle Akteure an einen Tisch oder kann auch verhandelt werden, wenn bestimmte Gruppen sich nicht beteiligen? Wenn ja, wie werden sie eingebunden oder berücksichtigt: beim Mediationsprozess, bei der Formulierung einer Übereinkunft, bei deren Umsetzung?
- Öffentlichkeitsarbeit: Umgang mit den Medien, Gebot der Transparenz und andererseits Vertrauensbildung und Vertraulichkeit
- Umgang mit den Ressourcen Zeit, Geld, Ehrenamt, Informationen, Macht

Hier kann auf vielfältige Erfahrungen und Wissen zurückgegriffen werden. Es ist an der Zeit, sie für die politische Mediation zusammenzustellen, weiterzuentwickeln und zu veröffentlichen.

Die Tagung „Vermittlung in politischen Konflikten“ hat einen ersten Schritt dazu getan und gibt Hoffnung, dass es in Zukunft mehr ehrliche Verfahren der Vermittlung in politischen Konflikten geben wird.

Roland Schüler & Christoph Besemer

Roland Schüler ist Geschäftsführer des Friedensbildungswerks [Köln](#), Mediator BM und Ausbilder BM und arbeitet im Feld der politische Mediation im In- und Ausland.

Christoph Besemer ist Mediator und Ausbilder für Mediation BM und arbeitet hauptamtlich für die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden